

Hintergrund

Der Krieg, so nicht mehr für möglich gehalten, blamiert unsere Gewissheiten, offenbart unseren Gleichmut, entlarvt unser Halbwissen, belegt unsere Ohnmacht, spottet jeder Beschreibung. Zuvor schon im Krisenmodus alarmiert, sind wir in Haft genommen, mitanzusehen, wie viele glücksuchende Leben ausgelöscht werden, wie viele kostbare Güter der Menschheit in Rauch aufgehen. Wenn wieder einmal Grund ist, an unserer Lernfähigkeit zu zweifeln, dann jetzt.

„Von dem Wirbel dieser Kriegszeit gepackt, einseitig unterrichtet, ohne Distanz von den großen Veränderungen, die sich bereits vollzogen haben oder zu vollziehen beginnen, und ohne Witterung der sich gestaltenden Zukunft, werden wir selbst irre an der Bedeutung der Eindrücke, die sich uns aufdrängen, und an dem Wert der Urteile, die wir bilden.“ So Sigmund Freud 1915, im Ersten Weltkrieg, unter der Überschrift „Die Enttäuschung des Krieges“. Versprachen sich damals noch viele Getäuschte von einem Krieg patriotischen Gewinn, so hegen heute hoffnungsvolle Erwartungen höchstens noch politische Eliten, mit ihren für die Völker maßlos überzogenen Prioritäten geopolitischer Erwägungen.

Der gegenwärtige Krieg ist eine einzige Katastrophe – für die ganze Welt, aber vor allem für die Ukraine. Wer immer darüber nachdenkt, fragt sich, wie dem geschundenen Land und seinen Menschen am wirksamsten zu helfen ist. Von Anfang an standen sich zwei diametrale Sichtweisen über die zweckmäßige Unterstützung gegenüber – Waffen oder Waffenstillstand. Das unbestrittene Recht auf bewaffnete Verteidigung gegen einen Angriffskrieg oder bestreitebare diplomatische Lösungen. Ein Kriegsende als „Siegfrieden“ nach opferreichen Kämpfen auf dem Schlachtfeld oder mit Blick auf die allseitigen Fehler in der Vorgeschichte sieglos, mit beidseitigen Kompromissen am Verhandlungstisch. Die gängige Polemik auf den Punkt gebracht, steht ein „naiver Pazifismus“ einem „skrupellosen Bellizismus“ gegenüber.

Briefe und Gegenbriefe

„Deeskalation jetzt! Dem Schutz der Bevölkerung Vorrang einräumen!“ – Ich gehöre zu den Unterzeichnerinnen des ersten offenen Briefes an Bundeskanzler Scholz, der am 22. April in der Berliner Zeitung veröffentlicht wurde. Es ist legitim und legal, den Verteidigungskampf eines angegriffenen Landes mit Waffen zu unterstützen, aber was legitim und legal ist, muss nicht sinnvoll sein. Wir verteilten den Überfall und zeigten uns besorgt, weil die Ukraine zum Schlachtfeld zwischen Nato und Russland geworden sei. Der gleichzeitig entfesselte Wirtschaftskrieg gefährde die Existenz vieler Menschen weltweit. Wenn die Eskalation nicht gestoppt würde, stünde womöglich am Ende der ganz große Krieg, der die menschliche Zivilisation verwüsten. „So bitter das Zurückweichen vor völkerrechtswidriger Gewalt auch ist, es ist die einzige realistische und humane Alternative zu einem langen zermürbenden Krieg.“ Stopp aller Waffenlieferungen, die Augen links, für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen.

Unserem Brief folgten, mit differenzierten Argumenten und Forderungen, weitere, viel beachtete Briefe, auch Gegenbriefe. „Wir sehen mit großer Sorge, dass in der politischen Debatte in Deutschland zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine immer wieder Forderungen nach einer nicht näher definierten und sofortigen ‚politischen Lösung‘ oder nach einem ‚Waffenstillstand‘ um jeden Preis aufkommen“, hieß es in einer Erklärung, die initiiert wurde vom Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel, bekannt als militaristische Speerspitze im Land, mitfinanziert von der Nato. Was nebenbei mit erledigt werden sollte, verschwiegen die dortigen Neocoms nicht, es solle

„eine Neuauflage des TTIP zwischen der EU und den USA zur Stärkung der transatlantischen Wirtschaftszone stärker verfolgt werden“. Die Wellen schlugen hoch.

Die Waffengegner waren damals in der Minderheit, beriefen sich auf die Geschichte. „Besser hundert Stunden umsonst verhandeln als eine Minute schießen“, war ein Lebensfazit des einstigen Wehrmachtsoffiziers Helmut Schmidt. Bei den russisch-ukrainischen Verhandlungen Ende März in Istanbul fühlte sich unserere ermutigt: Präsident Selenskyj machte weitgehende Angebote. Auf dem US-Sender ABC erklärte er seine Bereitschaft, im Falle eines Waffenstillstandes Gespräche zu führen über eine mögliche Neutralität der Ukraine bei ausreichenden Sicherheitsgarantien, eine Einigung über die Anerkennung der Krim und Referenden über den künftigen Status der Donbass-Republiken. „Wir werden auf Verhandlungen bestehen, bis wir einen Weg finden, unseren Menschen zu sagen: So kommen wir zum Frieden.“

Der Verhandlungsleiter der russischen Delegation, Wladimir Medinskij, so war im DLF zu hören, erklärte, die Ukraine sei „im Kern mit den prinzipiellen Forderungen Russlands einverstanden“. Der Kremel war in der Defensive, kündigte in den Verhandlungen ein Vertragsangebot an, mit Abzug der russischen Truppen aus den Regionen um Kiew und Tschernihiw, beides bedeutende Standorte der ukrainischen Armee.

Doch eine Woche später reiste Boris Johnson als erster westlicher Regierungschef seit Kriegsbeginn nach Kiew. Während seiner Auszeichnung mit dem „Freiheitsorden“ beschwor er eine „weltweite Allianz“ zur militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung der Ukraine. Großbritannien werde hochmoderne Rüstung liefern und für einen weiteren Weltbankkredit bürgen. Das werde es ermöglichen, die russischen Streitkräfte zurückzudrängen. Der Westen müsse „auf Kurs“ bleiben. Wie auch bei seinen Kiew-Besuchen im Juni und August war er strikt dagegen, dass europäische Verbündete die Ukraine drängen, „ein schlechtes Friedensabkommen“ mit Russland zu akzeptieren. „Das Vereinigte Königreich ist mit euch und wird mit euch sein, bis ihr siegt.“ (ntv 17. 6. 2022)

Waren es diese und ähnliche illusorische Aufmunterungen, die Präsident Selenskyj bewegten, nicht mehr auf Verhandlungen zu bestehen, sondern auf schweren Waffen und womöglich leichtem Sieg? Ein Vermittlungsangebot von Präsident Macron im Juni wies sein Berater Podoljak zurück – solange die Ukraine ihre militärische Posi-

Vom Wirbel des Krieges gepackt

Lasst euch nicht in den Ruin führen – das Menschenrecht auf Leben verteidigen. Über Waffenlieferungen, Diplomatie und Atomängste

DANIELA DAHN

ZU PERSON UND BUCH



Daniela Dahn, geboren 1949 in Berlin, studierte Journalistik in Leipzig und arbeitete zunächst als Fernsehjournalistin. 1981 kündigte sie und ist seitdem freie Schriftstellerin und Publizistin. Sie war in der Wendezeit Gründungsmitglied des Demokratischen Aufbruchs.

Der hier präsentierte Text ist ein Vorabdruck aus ihrem Buch „Im Krieg verlieren auch die Sieger“, Rowohlt, 224 Seiten, 16 Euro. Es wird am Dienstag, 25. Oktober, im Pfefferberg vorgestellt. Beginn: 19.30 Uhr, Moderation: Michael Maier (Berliner Zeitung); Karten im Pfefferberg Theater, auf pfefferberg.de und an Vorverkaufskassen.

tion nicht gestärkt habe, ergäben Verhandlungen keinen Sinn. Wenn das die ukrainische Position sei, so der russische Außenminister Lawrow, gebe es nichts mehr zu besprechen. Seither herrscht ein Verhandlungspott.

Für die frühe Position, wonach Waffenlieferungen den Krieg nur verlängern, wurden wir bestärkt und beschimpft wie wohl nie zuvor. Am direktesten angesprochen fühlte ich mich, wenn ukrainische Künstler sich empört an die Briefschreiber wandten mit Kommentaren, die hoch verständlich sehr emotional waren, zum Teil auch mit verletzenden Unterstellungen argumentierten. Aber das Bedürfnis zu verletzen wächst eben in Kriegzeiten. So erreichten mich Fragen der

Kunstplattform TU aus Mariupol, die an der Documenta in Kassel teilnahm, oder der offene Brief von Serhij Zhadan (Zeit online 6. 7. 22) aus Charkiw, des diesjährigen Trägers des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels. Wenn ich versuche, mich trotz eigener Unsicherheiten suchend diesen Fragen zu stellen, so in dem Bewusstsein, dass es mir nicht zusteht, Ratschläge zu geben, dass wir angesprochenen Briefschreiber aber auch keine zu ignorierende Minderheit mehr sind. Inzwischen sind immer mehr Deutsche davon überzeugt, dass Waffenlieferungen den Krieg nur ausweiten und verlängern, dass an der Wirksamkeit von Sanktionen zu zweifeln ist und es nur eine diplomatische Lösung geben kann ...



Ukraine, Slowjansk: Menschen arbeiten an der Beseitigung von Trümmern aus einem beschädigten Haus nach einem nächtlichen Beschuss. (AP/ANDRIY ANDRIYENKO)

schon für Siedlungszwecke verwenden zu können“. Das sind Dimensionen, die sprachlich einzuordnen ich von einem Schriftsteller trotz allem erwarte. Gerechtigkeit ist nur über Relativieren herzustellen. Umso dramatischer, dass 77 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg in der Ukraine wieder deutsche Panzer (aus DDR-Beständen) und russische Panzer gegeneinander kämpfen. Serhij Zhadan ist hartnäckig: „Verstehen die Verfasser des Briefes wirklich nicht, was die Ukrainer erwarten, wenn sie die Waffen niederlegen?“

Das ist eine Erwartung mit vielen Unbekannten und hängt sicher vom Fortgang der Ereignisse ab. Aber wir leben nicht mehr unter den Bedingungen des Stalinismus oder gar des Zarenreiches. Auch das Nachkriegsgeschehen wird sich unter den Augen der Weltöffentlichkeit abspielen, der UNO, des IGH. Es gibt die sogenannten sozialen Medien, zivilen Widerstand, Wahlen, Referenden. Selten hat sich ein Gebiet auf Dauer so entwickelt, wie Besatzer es wünschten. Eine intakte Infrastruktur und motivierte, tatkräftige Menschen sind eine bessere Ausgangsbasis für einen politischen Gewinn als ein formaler militärischer Sieg. Das Angebot von Waffenstillstand und Verhandlungen ist zumindest ein dem Leben zugewandtes Risiko.

Der Kampf bis zum letzten Blutstropfen dagegen hat den Bund mit dem Tode schon geschlossen. Denn was ist die Alternative? Sollte sich wider Erwarten diese Logik zwischenzeitlich doch als erfolgreich erweisen, die Lage der ukrainischen Armee, faktisch unterstützt von der gesamten amerikanischen Militärmaschinerie, offensiver und die Russen mit überraschend vielen westlichen Wunderwaffen zurück- und gar herausgedrängt werden, steigt die Gefahr einer atomaren Kurzschlussreaktion enorm.

Man wundert sich, wie scheinbar gelassen die auf „Siegfrieden“ setzende Seite nicht nur in der Ukraine diese naheliegende Schlussfolgerung ausblendet. Hierzulande wird ausgiebig gestritten, ob und wo Masken im Pandemieherbst hilfreich sein werden. Welche Masken gegen atomare Fallout helfen, bleibt unerwähnt. Die Tonnen toter Fische in der Oder sind zweifellos ein Drama, aber kein Medium malt aus, was atomare Verseuchung bedeuten würde.

Angst vor dem „Auslöschen“

Mitte August 2022 veröffentlichte das US-Fachjournal Nature Food eine Studie, wonach schon ein regionaler Atomkrieg wie zwischen Indien und Pakistan vor Ort 27 Millionen Menschen töten würde; nach Feuersbrüsten würden so viele Rußpartikel in die höhere Atmosphäre geschleudert, dass die Sonneneinstrahlung blockiert und eine weltweite Hungersnot weitere 255 Millionen Menschen das Leben kosten würde. Ein Atomkrieg zwischen den beiden Atomsupermächten Russland und USA, wie er jetzt als Bedrohung und doch beinahe lax in Nebensätzen immer mal wieder auftaucht, würde 150 Millionen Tonnen Ruß ausspucken, er würde allein in dieser Sowjetrepublik 850.000 Juden ermordet. Unter diesen Verbrechen war im September 1941 das legendär gewordene Massaker in der Kiewer Schlucht von Babyn Jar, wo innerhalb von 48 Stunden 33.000 jüdische Frauen, Kinder und Greise erschossen wurden. Zahllose ukrainische Zivilisten sind von der Wehrmacht dahingemetzelt worden, in mehr als 300 „verbrannten Dörfern“ sind, wie in Peremoha, sämtliche Bewohner in ihren Häusern und Scheunen verbrannt oder gelyncht worden. Die meisten der nach Deutschland deportierten Arbeitsklaven waren ukrainische Frauen und Männer, viele davon haben nicht überlebt.

„Die Slawen sollen für uns arbeiten. Soweit wir sie nicht brauchen, mögen sie sterben.“ Die Nürnberger Prozesse dokumentierten den Plan der Nazis, die einheimische Bevölkerung Osteuropas durch „Austreibung und Vernichtung zu besetzen, um ihr Gebiet von den Deut-